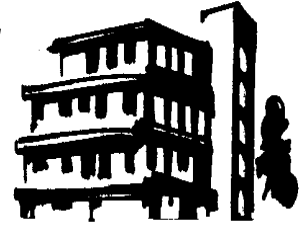


Unser Weg



43. Jahrgang

Nr. 359 - April / Mai 2017

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 Viel Schatten - wenig Licht

4 Leerstand vermeiden - Wohnraum schaffen

5 Lassen Sie uns doch mal über Scheiße reden

6 Sozialberatung findet statt

Von Schnellbusanbindungen und Wendeschleifen

Am 21.3.2017 beschloss SPD, Grüne und DKP einen gemeinsamen Antrag zum Schnellbus. Reinheimer Kreis und CDU übten Enthaltung.

Was wurde damit erreicht?

Zwei Tage später, am 23.3. beschloss die DADINA-Verbandsversammlung, wie geplant die Fahrpläne zu ändern. Und außerdem die „schnelle Direktverbindung“ K87 einzurichten, für die Reinheim selbst mit bezahlen wird.

In den Stadtverordnetenitzungen ging es zeitweise um mehrere Anträge, Änderungsanträge, zurückgezogene Anträge. Zur Schaffung von Klarheit hatte die DKP-Fraktion in der Februar Sitzung erfolgreich eine gemeinsame Beratung von Bauausschuss mit Hauptausschuss und der DADINA sowie dem ersten Kreis-Beigeordneten Fleischmann beantragt. Dies führte einerseits zu größerer Klarheit über Hintergründe und Planungen.

Am Ende ging es nur noch um zwei Fragen: Was wird passieren, wenn nur weiter verhandelt wird ohne ein Signal, dass Reinheim sich an der Finanzierung für den „K87“ beteiligen wird?

Da war der großen Mehrheit letztendlich das Risiko zu hoch, dass für Monate (bis zum Fahrplanwechsel im Dezember) wirklich „der Bus abgefahren“ ist.

Frage zwei: Wie gut sind die Busverbin-

dungen am Ende wirklich, wenn Reinheim die Zusatzlinie bestellt? Inzwischen ist klar, dass viele Probleme bleiben, auch wenn Reinheim/Spachbrücken mit dieser Schnelllinie angebunden werden.

In einer von der DKP-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung einigten sich SPD/Grüne und DKP auf ein gemeinsames Vorgehen.

Kein Hochglanz-Antrag

Wer den gemeinsamen Antrag liest, bekommt zu Recht den Eindruck, dass er mit heißer Nadel gestrickt ist – genau das passierte ja auch am Abend der Sitzung. Der ursprüngliche Antrag von SPD/Grünen holt weit aus, ist eher allgemein gehalten. Die DKP hat hier nur einen einzigen Absatz eingefügt: **Die Forderung, weiterhin über die Mängel zu verhandeln, die dann in 4 Punkten konkret benannt werden.**

Verhandeln mit dem Ziel, dass diese Mängel bei der nächsten Fahrplanänderung behoben werden. Diese Punkte möglichst klar zu benennen, fanden wir wichtiger, als in der Kürze der Zeit noch nach eleganten Formulierungen zu suchen. Die aufgelisteten Kritikpunkte der DKP waren u.a.:

1. Längere Fahrtzeiten für SchülerInnen der Albert-Einstein-Schule Groß-Bieberau aus dem Ortsteil Spachbrücken

und dem nördlichen Teil der Kernstadt (Haltestelle Willy-Brandt-Straße) durch Wegfall der Direktverbindung mit der Linie K85.

2. Verlängerung der Fahrzeiten aus den Ortsteilen Georgenhausen und Zeilhard von/nach Darmstadt mit dem Schnellbus K85 durch Linienführung über Rossdorf

3. Wegfall der Direktverbindung des südlichen Teils der Kernstadt (Haltestelle „Siedlung“) mit Darmstadt und dem nördlichen Teil der Kernstadt. Der Vorschlag einer Linienführung durch die Hahner Straße mit Bedienung einer Haltestelle dort löst dieses Problem nicht.

4. Wegfall der Schnellbusanbindung mit der Linie K85 für die Kernstadt und den Ortsteil Spachbrücken. Die von DADINA als Ersatz vorgeschlagene neue Linie K87 soll mit 4 Umäufen täglich nur bis zum Luisenplatz in Darmstadt fahren und von Reinheim wird eine Kostenbeteiligung eingefordert.

Weitere Details sind auch auf der Homepage der DKP zu finden.

Friedrich Kammer

Ob es überhaupt zu veränderten Fahrplänen kommt, ist derzeit noch fraglich.

Die Stadt Reinheim hat Einspruch eingelegt.

Bei Redaktions-Schluss

(12. 4. 17) prüfte das

Regierungspräsidium noch.

www.dkp-reinheim.de

Viel Schatten – und ein wenig Licht?

Was bringen die neuen Busverbindungen?

Dass die neue Planung insgesamt deutlich verbessert werden muss, ist in Reinheim sicher nicht die Frage. Wie das Ergebnis dann im Detail aussehen soll, vielleicht schon eher

Schüler aus Spachbrücken und Reinheim-Nord – abgehängt

Für Schüler der Albert-Einstein-Schule in Groß-Bieberau aus Spachbrücken und Reinheim-Nord gibt es keine direkte Verbindung mehr – die Fahrzeit erhöht sich deutlich durch das Umsteigen am Bahnhof. Keine Frage, dass das eine Verschlechterung ist.

Georgenhausen / Zeilhard – direkt langsamer

Schüler aus diesen Ortsteilen haben zukünftig sogar eine schnellere Verbindung zur Schule in Groß-Bieberau: die Linie K85 fährt dann als Direktlinie an der Kernstadt vorbei. Zum Ausgleich führt die Linie dann Richtung Darmstadt über Roßdorf. Damit wird die Fahrzeit gerade aus diesen Ortsteilen deutlich länger.

Reinheim Süd - abgehängt

Für die Bewohner der südlichen Kernstadt (Haltestelle „Siedlung“) gibt es keine umsteigefreie Verbindung mehr Richtung Darmstadt und Reinheim-Nord. Nicht ganz unwichtig, weil sich in der Nähe der Querspange z.B. zunehmend auch Arztpraxen ansiedeln.

Ueberau – neue Belästigung oder verbesserte Anbindung?

Die Linie K55 soll im Halbstundentakt durch Reinheim fahren. Um die Busse wenden zu lassen, ist der DADINA nur die Möglichkeit eingefallen, eine große Schleife durch Ueberau fahren zu lassen.

Schnellbus noch schneller

Der neue K87 fährt von Reinheim und Spachbrücken schneller als bisher nach Darmstadt, weil er Georgenhausen / Zeilhard und Roßdorf umfährt. In Darmstadt ist der Luisenplatz Endstation

Das bedeutet, dass Gelenkbusse zwei mal pro Stunde durch Ueberau fahren sollen. Für die einen eine neue Belästigung durch schwere Fahrzeuge, für die anderen vielleicht aber auch der Bus vor der Haustüre, auf den man schon lange gewartet hat?

Zur Diskussion gestellt: Alternative Südschleife?

Buslinien zu planen ist eine Aufgabe für Experten, aber man darf sie dabei besser nicht nur alleine lassen.

Von der DADINA selbst wurde schon unverbindlich angedacht, dass an Stelle der „Ueberauer Schleife“ auch eine Schleife um die südliche Kernstadt gefahren werden könnte. Die Fahrstrecke würde sich um knapp 1,5 km verlängern, wenn die „Siedlung“ angefahren würde und der Bus dann über B38-alt / B38-neu / Hahner Straße zurück fährt. Es ist nicht bekannt, warum das nicht weiter verfolgt wurde. Anbieten würde sich eine abwechselnde Andienung (1x pro Stunde im Wechsel, statt 2x pro Stunde nur durch Ueberau).

Falls hier zu viel Zeit verloren geht, wäre darüber nachzudenken, die Zeit bei Roßdorf wieder heraus zu holen (dann nämlich auf direktem Wege über die B26 nach Darmstadt).



Eine Posse von dicken Brettern und einer schwierigen Suche nach einer kreativen Lösung

Der Begriff Politik wird sehr unterschiedlich definiert. Manche reden von dicken Brettern, die man mühsam und ausdauernd durchbohren müsse, andere wiederum sehen in ihr die schwierige Suche nach einem für die Mehrheit bestmöglichen Kompromiss. Es soll aber auch Politiker geben, die gerne nach dem Basta-Prinzip handeln und regieren, während andere den Dienst am Bürger sehen - und dem Wähler, der ihnen vertraut hat.

In Reinheim läuft derzeit eine lokalpolitische Posse ab, keinesfalls lustig, über Jahre im Verborgenen, aber nun ganz offensichtlich: der Parkplatz am Bahnhof ist nur noch von einer Seite her zu befahren. Für Pkws ist das kein Problem, für die Busse, die da wendeten, ehe sie vorm Bahnhof in Warteposition gingen, jedoch schon. Anfangs stand da nur ein Gitter, an dem man sich noch vorbei mogeln konnte, jetzt kam noch eine Spargelbude hinzu. Rien ne va plus – nichts geht mehr.

Und der Busverkehr brummt nun großflächig über Umwege zum Ziel, die Luft zusätzlich verpestend und die

vom Schwerverkehr gestressten Bürger zusätzlich belastend. Wieder einmal bestätigt sich unsere These: Der Verkehr in Reinheim läuft verkehrt.

Die DKP ging auf Recherche und fand heraus, dass der an die Markthalle grenzende Teil des Parkplatzes zur Markthalle gehört. Schon 2010 hat deren Betreiber diese und etwa ein Drittel des Parkplatzes von der Bahn erworben. Jahre lang ließ er den Parkplatzverkehr zu, obwohl er wegen der versiegelten Fläche Abwassergebühr zu zahlen hat. Nicht nur insgeheim erhoffte er sich dafür ein Entgegenkommen. Der Schriftverkehr dauert angeblich schon drei Jahre. Nun hat der Mann die Faxen dicke und macht die Schotten dicht.

Sein gutes Recht.

Die DKP stellte deshalb eine offizielle Anfrage zur Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung:

- Was ist der Grund für die erfolgte Absperrung?
- Trifft es zu, dass es um eine Auseinan-

dersetzung um Abwassergebühren für versiegelte Flächen geht?

- Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, damit die Wendeschleife künftig wieder genutzt werden kann?

Die Antwort blieb nicht aus. Bürgermeister Hartmann bestätigte die oben geschilderten Eigentumsverhältnisse. Die Stadt habe kein Vorkaufsrecht gehabt. Nach mehreren Terminen und begleitendem Schriftverkehr habe der Eigentümer sein Recht auf Eigennutzung geltend gemacht und für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Park & Ride-Anlage die Schließung angekündigt, um dort künftig Blumenerde zu lagern und dort Fläche fürs Abstellen von Parkplätzen zu haben.

Zum Thema Abwasser und „Entgegenkommen“ antwortete Hartmann: Letztendlich kann die Sperrung eines Platzes grundsätzlich nicht von einer Festsetzung einer rechtlich festgelegten und zu erhebenden Abwassergebühr abhängig gemacht werden. Die Höhe der Gebühr ist hierbei nicht maßgebend.

Die grundsätzliche Nutzung als Bus-



Zwei Aussagen zur Bus-Wende-Schleife

Bürgermeister Hartmann am 21. März 2017 in Beantwortung einer DKP-Anfrage :

...“Die grundsätzliche Nutzung der Buswendeschleife müssten die Verkehrsunternehmen und der Eigentümer klären. Soweit ein Privateigentümer nicht gewillt ist, auf die private Nutzung zu verzichten, sieht der Magistrat keine Möglichkeiten.“

DADINA-Geschäftsführer Altenhein am 31. März 2017 in einem Antwort-Schreiben an die DKP-Fraktion:

...“Uns wäre es natürlich auch lieber, wenn die Busse am Bahnhof drehen könnten und wir würden uns auch an weiteren Gesprächen beteiligen. Allerdings müssen wir klarstellen, dass die DADINA keine Kosten für eine solche Lösung übernehmen könnte, da der Fahrweg (incl. Wendemöglichkeit) der Busse von der Kommune bereit gestellt wird.“

wendeschleife müssten die Verkehrsunternehmen und der Eigentümer klären. Soweit der Eigentümer nicht gewillt sei, auf die private Nutzung zu verzichten, sehe der Magistrat keine Möglichkeiten.

Keine Frage, auch der Bürgermeister ist formal im Recht.

Und die Dadina streckt schon mal beide Hände von sich: Wir zahlen für keine Straßennutzung!

Womit wir bei der Einleitung dieses Artikels wären, bei den dicken Brettern, bei der Suche nach Kompromissen, beim Basta und beim Dienst an den Bürgern, sprich Wählern. Die sind nämlich gerade wieder die Leidtragenden zwischen den Fronten.

Aus welchen Mitteln hätte es die Stadt denn finanziert, wenn sie 2010 ein Vorkaufsrecht gehabt hätte? Und gibt es diesen Topf jetzt nicht mehr?

Der Chef eines Politikers und Amtsinhabers ist der Wähler. Das gerät leider immer wieder in Vergessenheit. Er kann erwarten, dass diejenigen, denen er sein Vertrauen geschenkt hat, sich in seinem Interesse um kreative Lösungen bemühen und nicht nur auf ein Verwaltungsrecht pochen, das schon lange mal entrümpelt gehört.

Ulrich Vertheim

Leerstand vermeiden – Wohnraum schaffen

Wohnraum - insbesondere günstiger – ist knapp. Da stellt Reinheim keine Ausnahme dar. Es ist die Regel. Diskussionen und Pläne zum Bau von kostengünstigen Wohnungen gibt es auf verschiedenen Ebenen – auch in Reinheim. Doch das dauert.

Schneller handeln

Manche Städte sind dazu übergegangen, bei der Vermietung privater Wohnungen behilflich zu sein.

Die DKP-Fraktion hat diese Idee aufgegriffen und folgenden Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie die Stadt Reinheim bei der Reaktivierung leerstehender Wohnungen behilflich sein kann.

2. Dabei sollen Erfahrungen anderer Städte genutzt werden, wo die Stadt die Vermietung der Wohnungen übernimmt, eine Mietgarantie gewährt, das Leerstandsrisiko trägt und das Forderungsmanagement übernimmt.“

Warum ein solcher Antrag?

Insbesondere ältere und alleinstehende Hauseigentümer/innen haben - auch aufgrund von negativen Presseberichten – Probleme, eine Wohnung zu vermieten. Durch gezielte Vermeidung von Leerstand könnte sicher – auch kurzfristig oder mittelfristig – Wohnraum schneller zur Verfügung gestellt werden als durch notwendigen Neubau.

Erfolgsgarantie?

Eine Erfolgsgarantie für ein solches Vorhaben gibt es nicht. Ein Versuch sollte es aber allemal wert sein.

Über
www.dkp-reinheim.de
erreichen Sie uns auf



Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),
Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto
IBAN: DE76 5085 2651 0078 1038 19
(DKP Reinheim)

Lassen Sie uns doch mal über Scheiße reden

„Scheiße sagt man nicht, da geht der ganze Charakter in'n Arsch“, grinste mich der Knirps an, in dessen Gegenwart ich unbedacht geflücht hatte. Irgendwie hatte er natürlich recht. Scheiße sagt man nicht und über Scheiße redet man nicht. Ist eben ein anrüchiges Thema. Aber auch ein Allgegenwärtiges. In ländlichen Gebieten vor allem jetzt im Frühjahr, wenn Scheiße im Gülle-Cocktail großflächig

ausgebracht wird, den Boden tränkt und die Luft erfüllt. Letzteres verzieht sich freilich bald, Ersteres hat indes Nachhaltigkeit - gewollte und weniger gewollte. Für Wachstum soll die Scheiße sorgen, doch mehr und mehr wird sie auch zum Sprengstoff, wie es nicht nur in Berichten der Bundesregierung oder bei „Zeit-online“ und anderen Medien zu lesen ist.

Denn der weniger gewollte Teil der Nachhaltigkeit, der sickert und sickert durch den Boden, viele Stoffe werden dabei aufgehalten und gefiltert, doch speziell das Nitrat kümmert sich einen Dreck um Sand und Gesteinsschichten, setzt seinen Weg unbeirrt fort bis ins Grundwasser. Von dort fließt es dann in unsere Wasserhähne, in den Tee, den Kaffee oder den Zahnpflegebecher. Fürs Nudelwasser wäre die Salzbelastung vielleicht ja gar nicht so schlecht. Doch aus Nitrat wird im Körper Nitrit und gefährdet nicht nur Babys und Schwangere.

50 Milligramm Nitrat pro Liter sollte der Mensch laut amtlicher Festlegung freilich mal locker schlucken können. In vielen Regionen Deutschlands (noch) kein Thema. In anderen ist der Grenzwert schon überschritten. Entsprechende Grafiken zeigen unsere Region in Signalrot. Im nur wenige Kilometer entfernten Groß-Umstadt müssen nun wohl etwa 3 bis 4 Millionen Euro in die Hand genommen werden, um Trinkwasserqualität und -grenzwerte zu sichern. Das freut den Steuerzahler und Verbraucher. Da genießt man doch jeden Schluck des erfrischenden Nass' aus dem Hahn viel bewusster, wenn die Gebühren derweil kräftig steigen. Wasser ein Grundrecht? Natürlich! Aber sauberes kostet demnächst mancherorts extra.

Verhungern will freilich auch niemand. Düngen auf die traditionelle oder chemische Art gehört für einen Großteil der Landwirtschaft dazu. Bio allein macht die ständig wachsende Weltbevölkerung nicht satt und in Zeiten der immer größer werdenden sozialen Ungerechtigkeit kann man vielen Menschen nicht verdenken, wenn sie im Supermarkt zum billigsten und auf die brutalstmögliche Art erzeugten Produkt greifen. Dennoch ist die Frage, wieviel's denn sein muss? Ist es wirklich nötig, Ende Januar Wiesen entlang der Gersprenz auf einer Größe von vielleicht sieben Fußballfeldern in ein dunkelbraunes Scheiße-Meer zu verwandeln?

Nur damit das Gras ein wenig schneller wächst? Es sei ja nur Mist und keine Gülle, heißt es im Nachhinein in der



Antwort des Bürgermeisters auf eine DKP-Anfrage. Der Unterschied liegt Studien zufolge jedoch nur im Grad der Nitratbelastung. Letztlich ist es beispielhaft für eine Gedankenlosigkeit, die uns schon bald teuer zu stehen kommen kann.

In manchen Regionen braucht es hundert

Jahre bis die Scheiße ins Grundwasser gelangt, in manchen weniger als fünf! Es gibt kostenlose Angebote für die Landwirtschaft. Beratungen, es besser zu machen. Den Aussagen der Anbieter nach werden sie mal mehr, mal weniger angenommen. Das ist bedauerlich und spricht nicht für ein zukunftsorientiertes Miteinander. Wenn das so bleibt, ist

es Zeit, mit Druck auf die politischen Entscheider zu reagieren. Sonst ist bald mehr als der Charakter im Arsch. Und wenn dann Reinheim auch drei bis vier Millionen für die Grundwassersanierung locker machen darf, werden die Flüche im Rathaus sicher deftiger klingen als nur: „So ein Mist!“

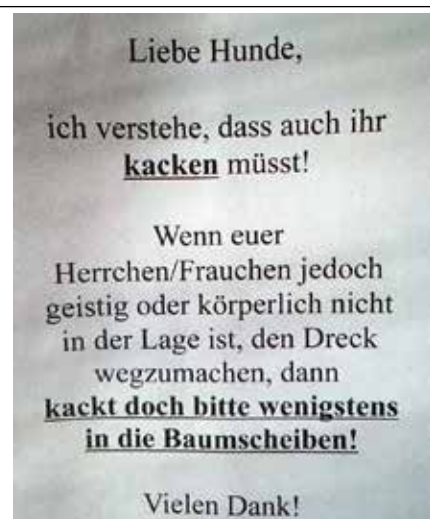
Ulrich Vertheim

Mehr und mehr halten sich dran

Sie nehmen die Hinterlassenschaften ihrer Hunde in einer Tüte mit. Für Tüten und zur Entsorgung sind übrigens Behälter im Stadtgebiet aufgestellt.

Manche sind aber so rücksichtslos. Sie lassen alles liegen. Für sie gilt dann beispielhaft ein in Berlin fotografiertes Plakat.

Und an die Freundinnen und Freunde von Katzen gerichtet: Richtet doch bitte ein Katzen-Klo in den eigenen vier Wänden oder auf eigenem Gelände ein. Eure Nachbarinnen und Nachbarn wären zu Recht begeistert.



Sozialberatung – findet statt

Im August 2016 hatte die DKP-Fraktion einen Antrag eingebracht. Es sollte ein Hilfe-Angebot für Menschen geschaffen werden, die auf Leistungen von SGB II und XII (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) angewiesen sind.

Tatsache ist: Bei den komplizierten und umfangreichen Formularen hat der angesprochene Personenkreis immer wieder Probleme. Eine zusätzliche Erschwernis ist die Entfernung zur Landkreis-Verwaltung in Darmstadt-Kranichstein.

Mehrfache umfassende Diskussionen

Die Stadtverordneten haben es sich nicht einfach gemacht. Mehrfach wurde beraten. Fachleute wurden hinzugezogen – aus der Stadtverwaltung und dem Landkreis. Schließlich geht es auch um rechtliche Zuständigkeiten. Dabei konnte manches geklärt werden.

Ergebnis

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass durch das Sozialamt der Stadt Reinheim nicht nur lediglich die entsprechenden Formulare vorgehalten und ausgegeben werden.

Es findet Hilfe beim Ausfüllen statt. Es findet Sozialberatung im Sinne des gestellten Antrags statt, soweit das von den Betroffenen gewünscht wird.

Bekanntmachung

Vereinbart wurde, dass über diese Beratungstätigkeit auch in einer Amtlichen Bekanntmachung der Stadt Reinheim informiert wird. Dies ist mittlerweile geschehen. Der Aushang konnte auch im Bekanntmachungs-Kasten am Rathaus nachgelesen werden.

Die DKP-Fraktion bleibt selbstverständlich auch weiterhin Ansprechpartner.

Die DKP hatte eine Anfrage zur breitflächigen Aufbringung von Gülle in den Seewiesen gestellt.

Darauf antwortete Bürgermeister Hartmann in der Stadtverordnetenversammlung am 21.3.2017 dass es „bei der Ende Januar erfolgten organischen Düngung auf Flächen in Zone III handelte es sich nicht um eine Gülleausbringung, die wäre zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nach den Auflagen des Kooperationsvertrages verboten, sondern um eine Mistausbringung auf Grünland.“

Zum Grundwasserschutz führte er aus: „Es bestehen mit den landwirtschaftlichen Kooperationsverträgen bereits Regelungen, die deutlich über die aktuell gültige Düngeverordnung hinausgehen.“

Meine Meinung

Volksbank in Ueberau – „Wir in der Region“?

Die Volksbank Odenwald macht jetzt mit bunten Flyern bekannt: „Ihre Geschäftsstelle zieht um“. Schön, wenn es nur ein Umzug wäre. Die kleine Filiale in Ueberau hat Jahrzehnte lang mit treuen Kunden vor Ort gute Geschäfte gemacht. Das reicht jetzt anscheinend nicht mehr. Die Volksbank macht komplett zu, es bleibt auch kein Geldautomat oder Kontoauszugdrucker. Natürlich darf da auch der Hinweis auf „Ihre Vorteile“ nicht fehlen: „bessere Erreichbarkeit t... direkte und kompetente Betreuung“. Nur der Satz mit „Zeit- und Wegersparnis“ ist da nicht so leicht zu verstehen, wenn die Kundschaft nicht mehr vor Ort sondern im Nachbarort bedient wird.

Nichts gegen die Volksbank in Reinheim, aber wer da hin wollte, hatte ja vorher auch schon die Wahl.

„Als Genossenschaftsbank sind wir traditionell in der Region verwurzelt“ kann man auch auf der Homepage der Volksbank lesen. In Ueberau schneidet sich die Volksbank jetzt selbst eine Wurzel ab – vielleicht nur eine kleine. Für die bisher treuen Kunden ist sie dann auch nur noch eine Bank unter vielen anderen.



Walter Eckert

Hessische Verfassung verteidigen!

Vor über 70 Jahren fand in Hessen eine breite Debatte statt. Im Ergebnis wurde am 1. Dezember 1946 die Hessische Verfassung von der überwältigenden Mehrheit der Wählerinnen und Wähler angenommen.

Nun erheben sich Stimmen, die Verfassung zu ändern.

Vorgeschobenes Argument: Todesstrafe. Doch darum geht es nicht. Denn gemäß Grundgesetz gilt natürlich auch in Hessen die Todesstrafe nicht mehr.

Vielmehr geht es um die Beseitigung von Verfassungsgrundsätzen, die der heutigen politischen Wirklichkeit im Wege stehen.

Darum geht es:

Artikel 39: Missbrauch wirtschaftlicher Macht

Artikel 41: Sozialisierungsparagraph

Artikel 29: Aussperrungsverbot

Artikel 69: Friedensgebot

Antifaschisten, Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten sind aufgerufen: Lasst uns gemeinsam die Hessische Verfassung verteidigen! Für die Bewahrung und den Ausbau der im Jahr 1946 entwickelten demokratischen und sozialen Rechte!

Bekanntlich ist die Kluft groß zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Dennoch bietet die gültige Verfassung vielfältige Ansatzpunkte für eine andere politische Wirklichkeit. Das alles sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.



**Fredrik Vahle
und
Gruppe 2017:**

**... es war
wieder toll!**



Grillfest am Vatertag, 25. Mai 2017

ab 10 Uhr
Grillhütte
in Ueberau



**Bier
vom Fass**

Veranstalter: DKP Reinheim